

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim

28. Juni 2023, 33. Jahrg.

DIE LINKE: Höherer Mindestlohn!

Antrag im Bundestag: EU-Vorgaben umsetzen/
Vorschlag der LINKEN wird nun im Sozialausschuss
weiter beraten

Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn in Deutschland soll zum 1. Januar 2024 von 12 auf 12,41 Euro und ein Jahr später auf 12,82 Euro angehoben werden, das schlug die Mindestlohnkommission am 26. Juni in Berlin vor. Die Gewerkschaften waren allerdings gegen diese – aus ihrer Sicht – zu geringe Anhebung und wurden in der Kommission überstimmt. Mit dem Beschluss erlitten die fast 6 Millionen Mindestlohnbeschäftigten einen enormen Reallohnverlust, kommentierten Gewerkschaftsvertreter ihre Ablehnung.

Das Verfahren sieht nun vor, dass der Vorschlag der Mindestlohnkommission von der Bundesregierung per Verordnung in Kraft gesetzt wird.

DIE LINKE im Bundestag macht sich dafür stark, dass der Mindestlohn in Deutschland bei 60 Prozent des Bruttomedianlohns liegt. Dazu müsste er derzeit auf 13,53 Euro steigen. Die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP hatte den Mindestlohn zuletzt zum 1. Oktober 2022 ausnahmsweise per Gesetz von 10,45 Euro auf 12 Euro angehoben. Vor allem die SPD hatte sich im Bundestagswahlkampf 2021 dafür eingesetzt. Der aktuelle Erhöhungsschritt soll nun wieder wie üblich auf Vorschlag der Kommission zustande kommen.

Angesichts stark gestiegener Verbraucherpreise hatten sich Sozialverbände und DIE LINKE für eine Anhebung um 2 Euro auf 14 Euro ausgesprochen und auch darauf verwiesen, dass höhere Löhne später zu höheren Renten führen. Die Wirtschaft warnte naturgemäß vor solchen Erhöhungen.

Den gesetzlichen Mindestlohn

gibt es seit 2015 in Deutschland. Zum Start lag er bei 8,50 Euro die Stunde. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes profitierten von der letzten Erhöhung im vergangenen Herbst rund 5,8 Millionen Beschäftigte, die vorher weniger als 12 Euro die Stunde verdienten. Arbeitgebern, die gegen die Lohnuntergrenze verstoßen, drohen Bußgelder bis zu 500.000 Euro.

Die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro im letzten Jahr wird inzwischen als richtig bewertet. „Angesichts der sehr hohen Inflation ist die von uns geforderte Neuregelung aber nochmal drängender. Denn Beschäftigte mit niedrigen Löhnen leiden besonders unter den Preissteigerungen, weil sie einen höheren Anteil ihres Verdienstes für den Konsum ausgeben müssen“, kommentiert die Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Sabine Ferschl auf Instagram.

Vor allem verweist DIE LINKE auf die Folgen für Altersarmut: Schon vor der hohen Inflation habe ein Mindestlohn von 12 Euro bedeutet, dass damit Rentenansprüche auf Grundsicherungsniveau erarbeitet werden. Deshalb stand am 22. Juni ein Antrag der LINKEN im Bundestag zur Abstimmung, die Vorgaben der EU-Mindestlohnrichtlinie umzusetzen. Danach müssten nämlich eben jene 60 Prozent des mittleren Einkommens als Untergrenze in das Mindestlohngesetz aufgenommen werden. Außerdem sollte, so sieht es DIE LINKE, die Mindestlohnkommission jährlich neue Anpassungsvorschläge unterbreiten statt bisher alle 2 Jahre. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen und wird dort weiter beraten. **bc**



Laut Richtlinie der EU müsste der Mindestlohn in Deutschland bei **13,53 Euro** liegen.

www.linksfraktion.de

Nächster Termin:
4. Juli, 16 bis 18 Uhr

DIE LINKE.
Kreisverband Barnim

- Probleme mit dem Jobcenter?
- Probleme mit dem Energieversorger oder Vermieter?
- Probleme bei der Versorgung von Angehörigen?
- Probleme, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben?

Wo? Geschäftsstelle der LINKEN in Bernau, Berliner Straße 17
Wie? Kommen Sie einfach vorbei oder melden Sie sich unter 03334 236986 vorab an.

DIE LINKE. Barnim hilft!

nächste OW am
5. Juli 2023